

Eine Standortbestimmung

5 Jahre nach dem Nein der Schweiz zum Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)

von Nationalrat Dr. Christoph Blocher,
Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Pressekonferenz vom 5. Dezember 1997, Hotel Bellevue Bern

Inhalt

I. Der 6. Dezember 1992	2
II. Das Wesen des EWR-Vertrages	2
III. Die Prophezeiungen der EWR-Befürworter für den Fall der Ablehnung	3
IV. Beurteilung 5 Jahre nach dem EWR-Nein	4
1. Zusammenfassung	
2. Schweizerische Wettbewerbsfähigkeit	
3. Vertrauen in die Schweizer Währung	
4. Zinsinsel Schweiz	
5. Inflation	
6. Positive Bilanz der Schweiz	
7. Export und Bruttosozialprodukt	
8. Lohnniveau in der Schweiz	
9. Neuansiedlung von Unternehmen in der Schweiz - auch aus dem EU-Raum	
10. Auslagerungen aus der Schweiz infolge des EWR-Neins?	
11. Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union und in der Schweiz	
12. Schweiz attraktiv für EU-Bürger	
13. Der Schweizer Wohlstand hat sich gegenüber der EU weiter behauptet	
V. Entwicklungen im In- und Ausland seit dem 6.12.1992	10
1. Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union	
2. Selbstständigkeitsdrang der Länder und Regionen	
3. Die Uruguay-Runde (GATT)	
4. Bilaterale Verhandlungen	
5. Schlussfolgerungen aus den Entwicklungen im In- und Ausland	
VI. Schlussbemerkungen und künftige Arbeit	12
1. Der einzig gangbare Weg	
2. Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit nützen	
VII. Anhänge	
1 Zu den Investitionen in der Schweiz nach dem EWR-Nein	14
2 Ausländische Direktinvestitionen in der Schweiz 1993-1996	17
3 1997: Lohn- und Preisniveau im europäischen Vergleich	18
4 Arbeitslosigkeit in der europäischen Staaten	20
5 Beurteilung der schweizerischen Wettbewerbsfähigkeit	21
6 Auch schweizerische Unternehmen entdeckten die Vorteile einer ausserhalb des EWR und der EU liegenden Schweiz	23
7 Zinssätze und Inflation der Schweiz im Vergleich zu den EU-Staaten	24

I. Der 6. Dezember 1992

Am 6. Dezember 1992 haben Volk und Stände den EWR-Vertrag bei einer Stimmbeteiligung von 78,3 % - der höchsten seit 1947 - abgelehnt. Damit hat sich die Schweiz **für die Freiheit, die Selbstbestimmung, die Neutralität und die direkte Demokratie** entschieden.

II. Das Wesen des EWR-Vertrages

Der EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) wurde geschaffen, um die EFTA-Staaten - darunter die Schweiz -, die der damaligen europäischen Gemeinschaft (EG) nicht angehörten, stärker an die EG zu binden, und zwar vor allem auf dem Gebiet des Rechts und der Gesetze.

Der **EWR-Vertrag** hätte die Schweiz verpflichtet, bestehendes EG- und künftiges EG/EU-Recht ohne Vetorecht neu zu übernehmen bzw. einzuführen. Insofern ist der EWR-Vertrag ein **Kolonialvertrag** bzw. "**eine legalisierte Hegemonie**".

Die Regierungen der den EWR-Vertrag unterzeichnenden Staaten haben denn auch unmittelbar nach Unterzeichnung des Vertrages erklärt, **der EWR-Vertrag könne - mangels Mitentscheidung bzw. mangels Vetorecht - keine dauerhafte Lösung sein**. Der EWR-Vertrag sei lediglich eine Zwischenlösung bis zum EU-Beitritt. Folgerichtig beschloss auch der Bundesrat am 18.5.1992, das EU-Beitrittsgesuch in Brüssel einzureichen, was er dann am 20. 5. 1992 auch tat.

Damit war klar: Wer der Schweiz die Freiheit - das heisst das Recht, nach eigenem Willen zu leben, sich die eigenen Gesetze und die eigenen Richter zu geben - erhalten wollte, der musste den EWR-Vertrag ablehnen.

Die **Befürworter des EWR-Vertrages** versprachen sich durch die Angleichung an das EU-Recht vor allem Erleichterungen beim Grenzübertritt sowie gewisse wirtschaftliche Vorteile, was die Einschränkung der Freiheit, der Souveränität und der direkten Demokratie rechtfertigte.

Die EWR-Gegner wiesen nicht nur auf die Einschränkung der Freiheit hin, sondern auch auf die Gefährdung der traditionellen wirtschaftlichen Standortvorteile der Schweiz und die Einbusse für die Wohlfahrt und Wettbewerbsfähigkeit.

Der EWR-Vertrag hätte der Schweiz neben der Einschränkung der Freiheits- und Volksrechte auch einen Abbau des Wohlstandes und des Lohnniveaus gebracht, hätte die Arbeitslosigkeit erhöht und die wirtschaftlichen Standortvorteile der Schweiz verschlechtert. Der EWR-Vertrag musste aus politischen und wirtschaftlichen Gründen abgelehnt werden, was die Mehrheit des Schweizervolkes und der Kantone am 6. Dezember 1992 in grosser Weitsicht getan hat.

III. Die Prophezeiungen der EWR-Befürworter für den Fall der Ablehnung

Die EWR-Befürworter, d.h. die offizielle Schweiz, die Massenmedien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, zahlreiche Hochschullehrer und wissenschaftliche Institute prophezeiten der Schweiz bei einer allfälligen Ablehnung des EWR-Vertrages schwerwiegende Nachteile. Auch Manager zahlreicher internationaler Konzerne und volkswirtschaftliche Berater von Grossbanken stimmten in diesen Chor ein. Die Haupteinwände waren:

- massive Abwanderung schweizerischer Firmen in den EG-Raum
- keine Investitionen mehr in der Schweiz
- mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Schweiz für den Export
- Vertrauensverlust in die Schweiz und die abnehmende Konkurrenzfähigkeit der Betriebe
- Zerfall des Schweizerfrankens infolge Vertrauensverlustes
- stark steigende Schuldzinsen, die infolge mangelhaften Vertrauens in die schweizerische Volkswirtschaft sogar über das europäische Niveau steigen würden
- höhere Inflation infolge höherem Zinsniveau
- Zunahme der Arbeitslosigkeit, die das Niveau der europäischen Staaten noch übertreffen könnte

Einige Beispiele von zahllosen Aussagen:

- "Arbeitsplätze gehören hierher. Und nicht ins Ausland", CH-Aktionskomitee "Ja zum EWR", Inserat in der Berner Zeitung, 14.11.92
- "Ein Nein der Schweiz zum EWR hätte für unsere Wirtschaft Nachteile, die aus eigener Kraft kaum wettgemacht werden könnten", P. Borgeaud, Vorort, H.-R. Früh, SGV, G. Richterich, Arbeitgeber-Organisationen, Inserat in der Berner-Zeitung, 23.11.92
- "Werkplatz Schweiz: Wegen EWR-Ablehnung demnächst geschlossen? EWR Ja", Arbeitskreis Schweiz-Europa, Inserat in der Berner Zeitung, 24.11.92
- "Wir brauchen den EWR. Sonst ist der Produktionsstandort Schweiz nicht mehr konkurrenzfähig", Dr. L. E. Vannotti, Präsident der Konzernleitung der Ascom AG, Bern, Inserat in der Aargauer Zeitung, 28.11.92
- "Im Falle eines Neins werden viele Unternehmen ihre Investitionen im Ausland tätigen", Die Zeitung in der Zeitung, Migros, 21.11.92, Berner Zeitung
- "Am 1. Januar 1993 wird sich die Exportsituation der Schweiz ändern. Wir brauchen den EWR. Sonst ist der Produktionsstandort Schweiz nicht mehr konkurrenzfähig", Dr. L.E. Vannotti, Präsident der Konzernleitung der Ascom AG, Bern, Inserat in der Luzerner Zeitung, 19.11.92
- "Zinsen steigen auch ohne EWR. Die europäische Zinsangleichung findet mit oder ohne EWR statt", Anton Schütz, Chefinspektor der Schweizerischen Volksbank, Berner Zeitung, 17.11.92
- "Ein Abseitsstehen der Schweiz vom EWR würde die schweizerische Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit schwächen, so dass die Zinsdifferenz zum Ausland noch verkleinert würde", Broschüre "Warum die Schweiz den EWR braucht", Hrsg. Wf, Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, 1992
- "Ausländische Investoren würden unsere Wettbewerbskraft skeptischer beurteilen und eher weniger Frankenanlagen tätigen. Eventuell müsste die Nationalbank die Landeswährung durch attraktivere Geldmarktsätze stützen. All dies bedeutet gleich hohe oder vielleicht sogar höhere Zinsen als bei der Teilnahme am EWR", Alois Bischofberger, Leiter Volkswirtschaft der SKA, Bulletin SKA, 11-12/92
- "Es ist ein Trugschluss, zu glauben, bei einem Alleingang würden unsere Zinsen automatisch tiefer bleiben. Wahrscheinlicher ist, dass in einem solchen Fall die Inflation wegen des geringeren Wettbewerbs tendenziell höher ausfällt und eine höhere Inflationsprämie in den Kapitalmarkt zins eingebaut wird", Alois Bischofberger, Leiter Volkswirtschaft der SKA im Bulletin SKA, 11-12/92"

IV. Beurteilung 5 Jahre nach dem EWR-Nein

Europa erlebte von 1990 bis 1996 eine starke **Rezession**, die unter anderem auf die **Öffnung der internationalen Märkte** (Nahe und Ferner Osten) mit dem daraus entstehenden neuen **Wettbewerbsdruck** zurückzuführen ist. Dies gilt auch für die Schweiz, welche zusätzlich die **grösste Immobilienkrise** seit dem Zweiten Weltkrieg erlebte. Trotzdem ergibt eine gründliche Standortbestimmung ein völlig anderes Bild, als es die offizielle Schweiz für den Fall der Ablehnung des EWR-Vertrages vorausgesagt hatte.

- "Bei einem Nein (zum EWR-Vertrag) könnte die internationale Finanzwelt die weiteren Entwicklungsperspektiven unseres Landes negativ beurteilen, was den Zinsbonus weiter abschleifen und der Schweiz wohl eher höhere Zinssätze bescheren würde", CASH, 27.11.92
- "Eine Bewegung aus dem Franken und der Zuschlag einer Risikoprämie auf Schweizer Zinsen wären wahrscheinlich erste Reaktionen", John Noorlander, Währungsanalyst Abteilung Volkswirtschaft des Schweizerischen Bankvereins, Der Monat, 11/92, S. 17, Hrsg. Schweiz. Bankverein
- "Höhere Inflationsraten sowie ein schwächerer Franken würden unweigerlich zu deutlich höheren Zinssätzen führen", Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung BAK kurz vor der EWR-Abstimmung
- "Wirtschaftswissenschaftler [...]: Sollten Volk und Stände den Europäern am 6. Dezember 92 also eine Absage erteilen, seien die Konsequenzen auf den Geldmärkten fürchterlich: Die Zinsen würden noch schneller in die Höhe schnellen", Artikel in der Weltwoche vom 29.4.93
- "Isolation würde den Produktionsstandort Schweiz und dessen Wettbewerbsfähigkeit schwer belasten. Kommt erschwerend hinzu, dass bei einem Alleingang die grössere Teuerungsgefahr besteht als bei einer Integration, denn der Franken würde im Isolationsfall schwächer", Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung BAK, Basler Zeitung, 26.6.92
- "Bei einem Abseitsstehen der Schweiz würde die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz derart in Mitleidenschaft gezogen, dass weniger Investitionen getätigt würden und Arbeitsplätze ins Ausland verlegt werden müssen. Die Folge wäre tiefere Arbeitsproduktivität", Inserat der Schweiz. Bankgesellschaft, 1992
- "Wenn die Schweiz an diesem Wirtschaftsraum nicht teilnimmt, wird die exportorientierte Wirtschaft - mehr als jetzt schon - die Schweiz verlassen", Broschüre "Europa mit der Schweiz - Die Schweiz ohne Europa", Hrsg. Integrationsbüro EVD/EDA, 1992
- "Die Schweiz als Produktionsstandort ohne gleichberechtigten Zugang zum Europäischen Markt würde weniger attraktiv. Was viele Unternehmen veranlassen könnte, ihren Standort ins benachbarte europäische Ausland zu verlegen", Broschüre "Europa mit der Schweiz - Die Schweiz ohne Europa", Hrsg. Integrationsbüro EVD/EDA, 1992
- "Immer mehr Unternehmungen würden ihre Expansion unter diesen Umständen im EG-Raum suchen, wie viele Umfragen bei der schweizerischen Wirtschaft eindrücklich zeigen", Broschüre "Argumente zum EWR", Hrsg. Schweizerische Bankiervereinigung, 1992
- "[...] weshalb der Anreiz, die Produktion in den EWR zu verlegen, grösser werden könnte", Kurzfassung der EWR-Botschaft, Hrsg. Integrationsbüro EDA/EVD, 1992
- "Eine Ablehnung würde starke wirtschaftliche, soziale und politische Erschütterungen auslösen und zu einer Schwächung der Volkswirtschaft mit negativen Konsequenzen für Arbeitsplätze und Investitionen führen", Inserat der Schweiz. Handelskammer, Vorort, 1992
- "Stimmt, im Alleingang bleiben wir Schweizer frei. Vielleicht auch frei von Arbeit. EWR Ja", Arbeitskreis Schweiz-Europa, Inserat in der Berner Zeitung, 23.11.92
- "Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EG auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen. Ist das eines unabhängigen Landes würdig?", Staatssekretär Franz Blankart, Weltwoche, 26.11.92
- "[...] ohne EWR kann die Schweiz nicht überleben", Kurt Illi, Verkehrsdirektor der Stadt Luzern, CASH, 27.11.92
- "Ich glaube, dass eine Ablehnung des EWR-Vertrages eine langwierige und grundlegende Krise unseres politischen Systems auslösen wird. In der Schweiz geht es dann ähnlich weiter wie in der ehemaligen Sowjetunion. Dort hat die Planwirtschaft recht gut funktioniert, solange stalinistische Verhältnisse geherrscht haben. [...] Weil das Volk immer das letzte Wort hat,

kann es letztlich keine politische Verantwortung übernehmen", Prof. Silvio Borner, CASH, 27.11.92.

Tatsache ist, dass die Schweiz 5 Jahre nach dem EWR-Nein auch wirtschaftlich besser dasteht als die EU-Staaten. Die Voraussagen der offiziellen Schweiz für den Fall der EWR-Ablehnung haben sich als geradezu **gigantische Fehlprognosen** erwiesen. Es ist unverständlich, dass sich so viele führende Personen und Institutionen diesen Fehlurteilen unkritisch angeschlossen haben.

Wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen, kann zusammengefasst festgestellt werden:

1. Zusammenfassung

- Entgegen allen Voraussagen weist der Finanz- und Produktionsplatz Schweiz heute im Vergleich zur EU günstigere Daten aus:
- Unter den europäischen Staaten nimmt die Schweiz wirtschaftlich eine Spitzenstellung ein.
- Die Wettbewerbsfähigkeit ist weltweit vorteilhaft und liegt weit über den EU-Ländern.
- Punkto Zinsen, Inflation, Lohnniveau und Wohlstandsniveau schneidet die Schweiz von allen europäischen Staaten am besten ab.
- Das Vertrauen in den Schweizer Franken erstarkte.
- Die Arbeitslosigkeit ist niedriger als in der EU trotz hohem Ausländeranteil.
- Die Ertragsbilanz hat sich nach 1992 und trotz Rezession verbessert.
- Das schweizerische Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf der Bevölkerung steht nach wie vor weltweit an der Spitze. Während 1995 der EU-Durchschnitt bei 21'829 US\$ lag, betrug das Bruttosozialprodukt in der Schweiz 40'630 US\$ pro Kopf (im Vergleich 1993: 35'760 US\$).
- Die Drohungen von Grossunternehmen in der Schweiz keine Investitionen mehr zu tätigen, wurden nicht wahrgemacht.
- Die katastrophalen Voraussagen der führenden Instanzen in der Schweiz für den Fall einer Ablehnung des EWR-Vertrages haben sich als gigantische Fehlbeurteilungen erwiesen.

2. Schweizerische Wettbewerbsfähigkeit

Alle führenden Institute der Welt bestätigen, dass die Schweiz bezüglich Wettbewerbsfähigkeit international zur Spitze gehört. Die Schweiz ist insbesondere wettbewerbsfähiger als die EU-Staaten. Ein Beitritt der Schweiz zur EU hätte eine massive Verschlechterung der schweizerischen Wettbewerbsfähigkeit und damit Beschäftigungsprobleme und Arbeitslosigkeit zur Folge! Selbst diejenigen Firmen, welche vor dem EWR-Nein damit gedroht hatten, nicht mehr in der Schweiz zu investieren, kamen nachher zu einer andern Beurteilung. Gerade Sulzer und ABB investierten weiter und mussten positive Worte für den Standort Schweiz finden. So beurteilten auch Vertreter der Textilmaschinen-Industrie anlässlich der VSM-Medienreise vom 17./18. September 1997 den Standort Schweiz nach direktem Vergleich mit dem Ausland als extrem vorteilhaft.

Der bedeutendste Schwachpunkt für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist die Ausgabenflut der öffentlichen Hand mit den riesigen Budgetdefiziten. Diese sind hausgemacht, Zeichen der Regierungsschwäche und würden im Falle eines EU-Beitritts noch massiv vergrößert.

3. Vertrauen in die Schweizer Währung

Entgegen den Voraussagen der offiziellen Schweiz war das Problem der Schweiz nach der Ablehnung des EWR-Vertrages in all den Folgejahren nicht die Schwäche des Frankens, sondern dessen **Stärke**. Dies als Folge des **Vertrauens in eine schweizerische Volkswirtschaft ausserhalb der EU** und insbesondere ausserhalb der Europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion.

Entgegen den Voraussagen, dass beispielsweise der Wechselkurs SFr./DM 1998 1:1 sei, bekommt man heute für ca. 80 Rappen eine DM!

4. Zinsinsel Schweiz

Entgegen den Voraussagen der offiziellen Schweiz ist die Schweiz nach der Ablehnung des EWR-Vertrages wieder zu einer **Zinsinsel geworden**. Die Schuldzinsen liegen **ca. 2 % unter den günstigsten Nominalzinsen europäischer Länder**, was für die Investitionen in der Wirtschaft, aber auch für Hauseigentümer, Mieter, Landwirte etc. von ganz entscheidender Bedeutung ist. Ein Beitritt zur EU hätte eine Angleichung der Zinssätze nach oben zur Folge. So brächten 2 % höhere Hypothekarzinsen in der Schweiz nach den gesetzlichen Regelungen **ca. 30 % höhere Mietzinsen**. Ein solcher Zinsanstieg würde eine **schwere Rezession** und **Arbeitslosigkeit** verursachen. Ebenso wären **Immobilien- und Banken Krisen** unvermeidlich.

5. Inflation

Entgegen den Voraussagen der offiziellen Schweiz ist die **Teuerung in der Schweiz im Vergleich zu allen EU-Staaten am tiefsten**, und dies, obwohl durch die Einführung der Mehrwertsteuer ein Teuerungsschub entstand.

6. Positive Bilanz der Schweiz

Trotz der starken Konkurrenz infolge der Globalisierung, trotz Rezession, trotz Immobilienkrise, die sich stark auf die Inlandkonjunktur auswirkte, erreichte die Schweizer Wirtschaft dank Exportanstieg Überschüsse! Gemäss der NZZ vom 28.8.1997, welche die **realen** Werte wiedergibt,

- liegt der **Ertragsbilanzüberschuss** in den Jahren 1993 bis 1996 mit durchschnittlich 26,1 Milliarden Schweizerfranken **um 22 % höher** als 1992.
- liegen die **durchschnittlichen jährlichen ausländischen Investitionen in der Schweiz** (Geschäfts- und Finanzoperationen) mit 45,9 Milliarden Franken **um 282 % über denjenigen** von 1992.
- lagen die **durchschnittlichen jährlichen ausländischen Direktinvestitionen** in der Schweiz (für die Gründung von, für die Beteiligung an oder für Übernahmen von Beteiligungen in der Schweiz durch ausländisches Kapital) im Durchschnitt der Jahre 1993 bis 1996 mit 2,45 Milliarden Franken **um 308 % höher** als 1992.
- hat der **traditionelle Ertragsbilanzüberschuss** der Schweiz 1996 mit 26,4 Milliarden Franken den höchsten Wert seit dem Rekordaktivismus des Jahres 1993 erreicht.

7. Export und Bruttosozialprodukt

Die **Exporte der Schweiz** erhöhten sich von 1992 mit 92,1 Milliarden Franken Jahr für Jahr bis auf 98,6 Milliarden Franken im Jahr 1996, d.h. real **um 7 %** - und dies trotz starker Rezession in unseren wichtigsten Abnehmerländern und einem stark erhöhten Aussenwert des Frankens.

Trotzdem erhöhte sich das **Bruttosozialprodukt** (BSP) der Schweiz von 1992 mit 352,2 Milliarden Franken Jahr für Jahr bis auf 377,6 Milliarden im Jahr 1996, d.h. real **um 7,2 %** (wegen der hausgemachten Immobilienkrise sind diese Zahlen zwar nur bedingt aussagekräftig).

Quelle: Jahresstatistik 1996 der Eidgenössischen Oberzolldirektion

Das **Exportwachstum** in die **EU/EWR-Staaten** lag im Jahr 1992 bei 54,3 Milliarden und erhöhte sich bis 1996 auf 57,9 Milliarden Franken. Die Entwicklung hat sich 1997 stark beschleunigt. Im ersten

halben Jahr betrug allein der Export in diese Länder 40,4 Milliarden Franken, d.h. real **8,7 % mehr als im ersten Halbjahr 1996**.

Quelle: Monatsbericht September 1997 der Schweizerischen Nationalbank

Das starke Exportwachstum im ersten Halbjahr 1997 zeigt, wie die Schweizer Wirtschaft den Konjunkturaufschwung nutzen kann, da sie ihre Strukturen weit besser bereinigt hat als die Wirtschaft in den EU-Staaten.

8. Lohnniveau in der Schweiz

Entgegen den Voraussagen der offiziellen Schweiz hat die Schweiz ihre Spitzenposition im Lohnniveau ausserhalb der EU behauptet. Gemäss einer neuesten Untersuchung steht **die Schweiz auch lebenskostenindexbereinigt an der Spitze aller europäischen Länder**.

9. Neuansiedlung von Unternehmen in der Schweiz - auch aus dem EU-Raum

Entgegen den Voraussagen der offiziellen Schweiz ist die Neuansiedlung von ausländischen Unternehmen in der Schweiz beträchtlich. Seit dem EWR-Nein hat sich eine **Grosszahl verschiedener Unternehmen in der Schweiz niedergelassen** bzw. den Ausbau ihrer Betriebe für die Zukunft beschlossen. Eine eigentliche Statistik über die Zahl und die Namen der angesiedelten Firmen gibt es nicht, jedoch zeigt Anhang 1, Seite 16, dass es sich um eine grosse Zahl und um **ausgesprochen zukunftssträchtige, hochqualitative Unternehmen für den Export** handelt. Umfragen und Untersuchungen haben ergeben, dass sich diese Betriebe oft nicht nur trotz des Abseitsstehens von EWR und EU für die Schweiz entschieden haben, sondern **gerade deswegen**. Wie unter Ziffer 6 oben ausgeführt, liegen diese Investitionen in den Folgejahren höher als 1992.

10. Auslagerungen aus der Schweiz infolge des EWR-Neins?

Entgegen den Voraussagen der offiziellen Schweiz haben nicht nur die ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz seit dem EWR-Nein beträchtliche Zuwachsraten erzielt, sondern von einem Exodus von Unternehmen aufgrund des EWR-Neins ins benachbarte Ausland kann auch keine Rede sein. Es ist nicht auszuschliessen, dass einzelne Unternehmen - am ehesten aus dem Textilbereich (infolge des damals ungelösten passiven Veredelungsverkehrs) oder der Lebensmittelindustrie in der EU investiert haben. Konkrete Beispiele sind mir jedoch nicht bekannt.

Auslandsinvestitionen schweizerischer Unternehmen erfolgten in den letzten fünf Jahren in erster Linie in **Billiglohnländern**, vor allem durch die Maschinen- und Textilindustrie in **Asien** und im **Nahen Osten** oder in den **USA** (hier vor allem durch die Chemie infolge der Forschungsfreiheit in der Bio- und Gentechnologie).

In europäische Länder erfolgten hingegen Desinvestitionen von Holding- und Handelsgesellschaften aus **steuerlichen Gründen**, insbesondere nach Holland und Luxemburg, weil die Schweiz es verpasst hat, ihre Steuergesetze rechtzeitig zu ändern und ihr früheres Holding-Privileg zu behaupten! Mit dem EWR-Nein hat dies nichts zu tun!

11. Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union und in der Schweiz

In ganz Europa ist die Arbeitslosigkeit - als Folge der **Rezession** und des ungeheuren **Druckes** seitens der Märkte des Ostens, Asiens und der USA (mit dem Stichwort **Globalisierung** umschrieben) - hoch. Als Folge der gleichen Gründe weist **auch die Schweiz eine hohe Arbeitslosigkeit** auf, welche durch die grösste **Bau- und Immobilienkrise** seit dem Zweiten Weltkrieg zusätzlich verschärft wurde.

Die Schweizer Wirtschaft hat aber die erforderlichen Anpassungen wesentlich konsequenter und erfolgreicher an die Hand genommen als die übrigen kontinental-europäischen Staaten.

Wie die standardisierte Arbeitslosenquote zeigt, haben Luxemburg, die **Schweiz** und Norwegen die **niedrigste Arbeitslosigkeit**. Interessanterweise weist die Schweiz so tiefe Zahlen aus, obwohl sie weitaus die höchste Ausländerquote aller europäischen Länder hat.

Bemerkenswert ist, dass die Schweiz **bei den Unter-25-jährigen mit 4,5 % eine der weitaus niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit hat**.

Zu berücksichtigen ist, dass 8,8 % aller Ausländer in der Schweiz arbeitslos sind, hingegen nur 2,8 % der Schweizer. Diese hohe Zahl der arbeitslosen Ausländer, die vor allem aus der Baukrise resultiert und eine Folge der starken Zuwanderung ist, lässt auf eine falsche Ausländerpolitik schliessen. Der freie Personenverkehr würde diese Arbeitslosigkeit noch verstärken, da das Lohnniveau in der Schweiz wesentlich höher ist als in der EU.

Die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit 1997 in der Schweiz - 5 Jahre nach dem EWR-Nein - durch den Konjunkturaufschwung zurückgeht, ist ein Hinweis darauf, dass deren Ursache nicht im EWR-Nein liegt, sondern konjunktureller und struktureller Natur ist.

12. Schweiz attraktiv für EU-Bürger

Total Erwerb des Schweizer Bürgerrechts aus EU/EFTA-Staaten:

1992: 5'472
1996: 8'554

Anteil der EU- und EFTA-Staaten an der Einwanderung:

1992: 46,5 %
1996: 47,9 %

Anteil der EU- und EFTA-Staaten an der Auswanderung:

1992: 71 %
1996: 63,8 %

Quelle: Die Ausländer in der Schweiz; Bevölkerungsbewegung, Statistischer Bericht 2 B, Dez. 1996, Bundesamt für Ausländerfragen

13. Der Schweizer Wohlstand hat sich gegenüber der EU weiter behauptet

Bei aller Vorsicht gegenüber solchen Statistiken zeigt nachstehende Aufstellung doch die Entwicklung des Bruttonationalproduktes (BSP) des Pro-Kopf-Einkommens, standardisiert auf **US-Dollar**:

EU-Länder	1993 / US\$	Rang	1995 / US\$	Rang	Veränderung absolut in US\$	In %
Luxemburg	37'320	1	41'210	1	+ 3'890	+ 10,4 %
Schweiz	35'760	2	40'630	2	+ 4'870	+ 13,6 %
Dänemark	26'730	3	29'890	3	+ 3'160	+ 11,8 %
Deutschland	23'560	5	27'510	4	+ 3'950	+ 16,8 %
Österreich	23'510	6	26'890	5	+ 3'380	+ 14,8 %
Frankreich	22'490	7	24'990	6	+ 2'500	+ 11,1 %
Belgien	21'650	8	24'710	7	+ 3'060	+ 14,1 %
Niederlande	20'950	9	24'000	8	+ 3'050	+ 14,6 %
Schweden	24'740	4	23'750	9	- 990	- 4,0 %
Finnland	19'300	11	20'580	10	+ 1'280	+ 6,6 %
Italien	19'840	10	19'020	11	- 820	- 4,1 %
Grossbritannien	18'060	12	18'700	12	+ 640	+ 3,5 %
Irland	13'000	14	14'710	13	+ 1'710	+ 13,2 %
Spanien	13'590	13	13'580	14	- 10	0,0 %
Portugal	9'130	15	9'740	15	+ 610	+ 6,7 %
EU-Durchschnitt	20'080		21'820		+ 1'740	+ 8,5 %

Quelle: Fischers Weltalmanach 1996 + 1998

Auch im Jahre 1996 rangierte das schweizerische Bruttoinlandprodukt pro Erwerbstätigem gemäss "The World Competitiveness Yearbook 1997" mit 76'872 US\$ international gemessen auf Platz 2 nach Luxemburg.

Die Schweiz hat ihre starke Stellung behauptet. Ein EU-Beitritt wäre nicht Quelle unseres Wohlstandes, sondern eine Bedrohung für ihn.

V. Entwicklungen im In- und Ausland seit dem 6.12.1992

1. Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union

Obwohl anlässlich der EWR-Debatte von den EWR-Befürwortern vorausgesagt wurde, die politische Union sei noch lange kein Thema, trat am 1. November 1993 der Vertrag über die Europäische Union (**Maastrichter Vertrag**) in Kraft. **Die politische Union löst die Europäische Gemeinschaft EG ab.** Der Vertrag von Maastricht sieht eine **gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP), eine gemeinsame Innen- und Justizpolitik sowie die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vor. Damit würde ein EU-Beitritt für die Schweiz noch nachteiliger als 1992.**

1993 brach das **Europäische Währungssystem (EWS)**, der Vorläufer einer gemeinsamen Währung, zusammen. Ein düsterer Vorbote der Gefahren einer einheitlichen europäischen Währung.

Die **zunehmende Zentralisierung** der Entscheidungsgewalt erforderten eine Überarbeitung des Maastrichter-Vertrages. Konkrete Ergebnisse der einberufenen Regierungskonferenz blieben aus: Der Folge-Vertrag von Amsterdam bekräftigte zwar unter fortgesetzter Ignorierung ökonomischer Bedingungen die **Einführung der politisch-motivierten Währungsunion** und **skizzierte die EU-Osterweiterung**, aber grundlegende Reformen konnten keine eingeleitet werden.

Die **Arbeitslosigkeit stieg** im gesamten EU-Raum kontinuierlich an und erreichte in einzelnen EU-Mitgliedstaaten Rekordwerte, so z.B. in Deutschland und Frankreich.

Die Erfüllung der Konvergenzkriterien zugunsten der Währungsunion entpuppt sich auf breiter Ebene als trickreiches Zahlenspiel und führt zu **sozialen Spannungen**.

Aussenpolitisch versagte die Europäische Union auf dem Balkan.

2. Selbständigkeitsdrang der Länder und Regionen

Im Gegensatz zu den zentralistischen Grossreich-Bestrebungen der Politiker herrscht in der Bevölkerung ein Bedürfnis nach übersichtlichen Strukturen. Während die Europäische Union weiterhin zunehmend Macht zentralisiert, ist weltweit ein gegenteiliger Trend festzustellen. **Nie zuvor in der Geschichte wurden auf der Welt so viele selbständige Staaten gebildet wie in den letzten 20 Jahren.** In Europa stellt man diese Dezentralisierungstendenzen in Schottland, Wales, Norditalien, Katalonien, Savoyen usw. fest.

3. Die Uruguay-Runde (GATT)

Seit dem 1.1.1995 besteht die WTO (World Trade Organization), der auch die Schweiz zusammen mit andern 130 Staaten angehört. Der Sitz wurde in der Schweiz, in Genf, eingerichtet! Diese Organisation regelt - unter Abbau von Handelsschranken - den Welthandel mit Gütern und Dienstleistungen, das geistige Eigentum und das öffentliche Beschaffungswesen. **Die durch die WTO veranlassten Handelserleichterungen verbessern die Situation für die Schweizer Wirtschaft bedeutend. Insbesondere werden durch diesen Vertrag schwerwiegende mögliche Exportdiskriminierungen seitens der EU (drohende Zölle, Handelshemmnisse etc.) weitestgehend verunmöglicht.** Solche Exportdiskriminierungs-Drohungen wurden seinerzeit vom Bundesrat, vom Parlament und der Wirtschaft für den Fall der Ablehnung eines EWR/EU-Beitrittes immer wieder heraufbeschworen.

4. Bilaterale Verhandlungen

Seit dem 6.12.92 konnten bedeutende bilaterale Verträge abgeschlossen werden und sind bereits in Kraft. Zu erwähnen sind insbesondere:

- **Versicherungsabkommen**, seit 1.1.93 in Kraft
- **Paneuropäische Kumulation**, seit 1.1.97 in Kraft. Mit dieser Vereinbarung wurde der wohl **schwerwiegendste Nachteil** für die Schweizer Wirtschaft, der sich aus der Nichtmitgliedschaft bei der EU ergeben hat, nämlich die Benachteiligungen im **passiven Veredlungsverkehr, beseitigt**.
- **Abkommen über gegenseitige Amtshilfe der Verwaltungsbehörden im Zollbereich** vom 1.7.97.
- Eine bedeutende Erleichterung hat sich durch die **gemeinsame Zertifizierungsstelle** (Tüv) in Thun ergeben. Diese ermöglicht den Schweizer Unternehmen eine einheitliche Zertifizierung für den ganzen EU-Raum.
- Bedeutend sind auch **verschiedene Vereinbarungen auf Verwaltungsstufe** (so zum Beispiel die Regelungen für die Abrechnung im Mehrwertsteuer-Bereich, gemäss welchen die Schweiz praktisch gleich behandelt wird wie ein EU-Land).

Da die EU die Bereinigung diverser Dossiers an den freien Personenverkehr und den Alpen transit geknüpft hat, konnte **für sieben Dossiers noch keine Einigung erzielt werden**. Hier gilt es abzuwarten und zu bedenken, dass **diese Dossiers für die EU wichtiger sind als für die Schweiz**. Weil sich der Bundesrat aber dauernd selbst unter Zeitdruck setzt und der EU gleichzeitig einen zukünftigen Beitritt der Schweiz in Aussicht stellt, können die Resultate kaum befriedigend ausfallen. Die Verhandlungen, namentlich die Schlussverhandlungen betreffend Transit, zeugen vom unverständlichen Vorgehen des Bundesrates.

Die Einführung des freien Personenverkehrs - unabhängig nach welchem Zeitraum und welcher Übergangsregelung - und ein freier Transit der 40-Tonnen-Lastwagen sind abzulehnen. Wenn nötig, muss das Referendum ergriffen werden. Die entsprechenden Spielräume sind durch den EWR-Entscheid klar vorgezeichnet worden. **Ein Abschluss der seit Dezember 1994 laufenden Verhandlungen um jeden Preis ist nicht gerechtfertigt, schon deshalb nicht, weil für die Schweizer Wirtschaft keine lebenswichtigen Fragen anstehen.**

5. Schlussfolgerungen aus den Entwicklungen im In- und Ausland

Ein EU-Beitritt wäre heute - im Gegensatz zu 1992 - ein Beitritt in eine POLITISCHE UNION. Die negativen Folgen bei einem EU-Beitritt wären für die Schweiz durch die in der EU seit dem 6.12.92 eingetretene Entwicklung noch wesentlich grösser.

Andererseits ist aufgrund der Erfahrung der letzten 5 Jahre und der bisher abgeschlossenen Vereinbarungen - insbesondere auch durch die WTO - ein selbständiger Weg für die Schweiz wesentlich leichter möglich als noch 1992 befürchtet.

VI. Schlussbemerkungen und zukünftige Arbeit

1. Der einzig gangbare Weg

Der Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes haben bereits 1993 - in grober Missachtung des Volkswillens - den Beitritt zur Europäischen Union zum **strategischen Ziel schweizerischer Aussenpolitik** erhoben. An diesem Sachverhalt **muss** die aktuelle Aussenpolitik gemessen werden. Diese ist denn auch **widersprüchlich, kleinmütig** und **zum Nachteil der Schweiz**.

Dem EU-Mythos, der das kritische Denken einschläfert, ist entgegenzuwirken und zu bedenken, dass die EU-Struktur auf das veraltete planwirtschaftliche Denken der 60er Jahre zurückgeht. Ein Beitritt wird die Probleme der Zukunft und der künftigen Generationen von Schweizerinnen und Schweizern nicht lösen.

Ein EU-Beitritt würde das höchste Staatsgut - die Freiheit - wesentlich einschränken.

Für die Schweizerinnen und Schweizer würde eine EU-Integration bedeuten:

- das Ende der tatsächlichen direkten Demokratie in wesentlichen Belangen
- die Abtretung politischer Macht des Volkes an die Regierungen in Bern und Brüssel
- den Verzicht auf eine eigenständige Aussen- und Sicherheitspolitik
- den Verzicht auf die Neutralität
- EU-Machtpolitik anstelle Schweizer Selbstbestimmung
- Einschränkung der Handlungsfreiheit
- Anheizung der Arbeitslosigkeit
- Reduktion des Wohlstandes
- Lohneinbussen
- höhere Schuldzinsen
- höhere Hypothekenzinsen
- zusätzliche und höhere Steuern
- Heraufsetzung der Mehrwertsteuer von 6,5 % auf mindestens 15 %
- Verzicht auf den Schweizer Franken und Verlust von Volksvermögen
- Aufhebung der Grenzkontrollen und der nationalen Einwanderungspolitik
- weniger Sicherheit für die Bürger

Unabhängigkeit, Freiheit, direkte Demokratie, Neutralität und die Wohlfahrt des Volkes sind hohe Güter. Für sie muss ohne Kompromisse gekämpft werden.

Die politische Freiheit erhalten, heisst gleichzeitig auch, die wirtschaftliche Freiheit sichern: Eine unabhängige und souveräne Schweiz bietet die Chance, unter Bewahrung der politischen Selbständigkeit innovativer, wirtschaftlich leistungsfähiger und konkurrenzfähiger zu sein als die Europäische Union.

Die Weiterführung des bewährten Freihandels und die Behauptung der Selbständigkeit und Neutralität sind für die Schweiz der einzig gangbare und erfolgreiche Weg.

2. Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit nutzen

Der Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit allein genügt nicht, um dem Land eine erfolgreiche Zukunft zu sichern. Freiheit und Unabhängigkeit sind **nicht die Lösung** der Probleme, sondern die **Voraussetzung** dafür.

Auch die Schweiz hat den **Strukturwandel durchzustehen** und gleichzeitig die Fehler des Umverteilungsstaates zu korrigieren.

Je übersichtlicher und je beweglicher eine Volkswirtschaft ist, desto besser kann sie mit den Herausforderungen des Wandels und des Umbaus verfehlter Strukturen fertig werden. **Schnelle, kleine Boote sind hierfür geeigneter als die unbeweglichen grossen Tanker.**

Fest steht auch, dass die **Zentralisierung, die Vereinheitlichung und Harmonisierung** sowohl für die Wirtschaft wie auch für die Politik **kein Rezept sind.**

Die Schweiz ist mit den neuen Aufgaben weiter als ihre europäischen Nachbarn - trotzdem haben wir den Wandel voranzutreiben. Es gilt, die Probleme nicht nur zu verwalten, sondern zu lösen. Das gilt insbesondere für das Hauptproblem, unsere maroden Staatsfinanzen.

Die Aufgabe ist anspruchsvoll und verlangt viel von der Wirtschaft und von der Politik. Sie verlangt vor allem viel Flexibilität, Kreativität, Konsequenz, Standfestigkeit und Durchsetzungsvermögen.

Anhang 1

Zu den Investitionen in der Schweiz nach dem EWR-Nein

- Allein der Kanton Neuenburg konnte in den Jahren 1994 und 1995 achtzig (80) neue ausländische Betriebe ansiedeln. Die Aufwärtsbewegung hat sich seit dem EWR-Nein nicht verlangsamt. [Der Bund, 22.1.96], Francis Sermet, Wirtschaftsförderer: 1996 konnten 30 neue Niederlassungen hereingeholt werden. [Basler Zeitung, 23.1.96]
- Die Hauptsitze des deutschen Elektronik-Komponenten-Unternehmens Phoenix-Mecano und von General Motors wurden in die Schweiz verlegt. [Berner Zeitung, 23.4.93]
- Interton Hörgeräte AG aus Deutschland: Herstellung von elektronischen Apparaten in Kerzers. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1994]
- Prélude SA aus Frankreich: Verkauf von Pflegeprodukten ab La Tour-de-Trême. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1994]
- L Pack SA aus Frankreich: Verkauf von Maschinen für die Lebensmittelindustrie ab Düdingen. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1994]
- Farchim AG (UCB) aus Belgien: Pharmazeutische und chemische Produktion in Bulle. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1994]
- Plast-Labor AG aus Deutschland: Installation von neuen Fabrikationslinien, Erhöhung der Produktionskapazität bei der bestehenden Fabrik in Bulle. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1994]
- Cosmital (Wella) aus Deutschland: Ausweitung der Forschungstätigkeit in Marly. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1994]
- C.M.D. Châtel Medical Devices SA (Nitricia/Aplimed) aus Holland: Herstellung klinischer Nahrungsgeräte in Châtel-St-Denis. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1995]
- Iscar Metaldur SA aus Israel: Erweiterung und Diversifizierung der Produktion in Villaz-St-Pierre. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1995]
- Wago Contact SA aus Grossbritannien und Deutschland: Produktion elektrischer Klemmen und Verbindungen in Domdidier. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1995]
- Schoeller Plast Transportbehälter Systeme AG aus Deutschland: Internationaler Vertrieb von Containern ab Romont. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1995]
- NBB Biotech GmbH aus USA/CH: Herstellung und Verkauf von Kontroll- und Sterilisierungsgeräten in Galmiz. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1996]
- ZWG Industries aus Deutschland: Produktion und Vertrieb von Industriemaschinen in Bösingen. [Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg: Tätigkeitsbericht 1996]
- Mit dem Erwerb der Elvia-Versicherungsgesellschaft steigt der grösste deutsche Versicherungskonzern Allianz zum ersten ausländischen Versicherer in der Schweiz auf. Es dürfte seine Gründe haben, warum ein Grosskonzern aus dem EU-Raum rund 21/2 Milliarden Franken im «Alleingang»-Land Schweiz investiert. [Berner Zeitung, 1.10.94]
- Die R. P. Scherer Corp., Medikamentenhersteller in den USA mit 18 Werken in 11 Ländern und einem Jahresumsatz von über 650 Mio. Franken, mehrheitlich in Europa erzielt, eröffnete ihre Europazentrale in Zug. [Luzerner Zeitung, 8.2.95]
- Silicon Graphics baut in Cortaillod, NE, eine neue Produktionsstätte für Computersysteme. 30 Mio. Franken sollen in die Erweiterung des europäischen Technologie- und Produktionszentrum in Cortaillod investiert werden. «Die Schweiz hat bis heute bewiesen, dass sie der ideale Standort ist, um europäische Kunden zu bedienen,» Thomas Rohrs, Manager Silicon Graphics. [Der Bund, 22.1.96] In den kommenden fünf Jahren will Silicon Graphics in Cortaillod 260 neue Arbeitsplätze schaffen. [Neue Zürcher Zeitung, 29.4.97]
- Die Firma Stihl, Motorsägeproduzent in Waiblingen bei Stuttgart, unterhält in Wil/SG einen rentablen Zweigbetrieb. Robert Schäfer, der Geschäftsleiter von Stihl in Wil: «Wir haben alle grossen Märkte weltweit erschlossen, von Feuerland bis Argentinien, von Polen bis nach Amerika, und sind so rasch in der Lage, umzustellen. Wir beliefern mit unseren Produkten 132 Länder auf dieser Erde. Und dies nur, weil wir nicht permanent am Jammern sind, sondern zufrieden auf den Geschäftsgang blicken. Trotz höherer Bruttolöhne als im deutschen Stammhaus liegen die Stundenkosten in Wil deutlich niedriger und die Gewinne klar höher. Die Belegschaft in Wil arbeitet viel mehr für den Jahreslohn. Sie ist zudem viel weniger krank und verursacht weitaus weniger Lohnzusatzkosten. Das heisst unter dem Strich gesehen, die 250 Mitarbeiter im Werk Wil leisten im Vergleich pro Person rund 1921 produktive Stunden pro

Jahr, während die deutschen Kollegen nur gerade auf 1322 Stunden kommen.» [Wiler Nachrichten, 28.11.96]

- Die Leitung des französischen Michelin-Konzerns (u.a. Pneu-Herstellung) hat sich weiterhin für den Standort Schweiz entschieden: In Givisiez, Kanton Freiburg, soll ein Forschungszentrum fertiggestellt werden. Ab Juni dieses Jahres werden 50 Forscher im Vorort der Stadt Fribourg tätig sein. In der Begründung für diese Standortwahl werden das kreative Umfeld, der soziale Frieden und das breite Angebot an qualifizierten Arbeitskräften genannt. Im Kanton Freiburg sind bereits die Compagnie financière und eine Verteilerzentrale der Michelin-Gruppe ansässig. [Neue Zürcher Zeitung, 7.2.96]
- Eine englische Kapitalbeteiligungsgesellschaft wird für 1,8 Milliarden Franken die 1874 gegründete Geberit-Gruppe mit Sitz in Jona (SG), europäische Marktführerin in der Sanitätstechnik, erwerben. Übereinstimmung bestehe im Bekenntnis zum Standort Schweiz. Doughty Hanson, die Erwerberin, hält den grössten unabhängigen Fonds Europas für Unternehmensbeteiligungen. Die marktführende Stellung der erworbenen Unternehmen soll weitergeführt werden: vom Standort Schweiz aus! [Basler Zeitung, 5.3.97]
- Der deutsche Waagenproduzent Soehnle baut am Hauptsitz in Stuttgart 160 Arbeitsplätze ab. Im Zweigbetrieb Montlingen im Kanton St. Gallen soll mittelfristig der Personalbestand erhöht, ein Auftragsbearbeitungszentrum erstellt und die Forschung ausgebaut werden. An einer Medienorientierung lobte der Verwaltungsrat Armin Soehnle den Industriestandort Schweiz. Im Vergleich zu Deutschland seien die Lohnkosten tiefer, die Arbeitsmoral und die Produktivität besser. Die Krankheitsquote beträgt im deutschen Stammwerk rund 9 Prozent, in der sanktgallischen Zweigniederlassung weniger als 1 Prozent. «Auch wenn nach Branchen und Landesteilen unterschieden werden muss, gegenüber dem Ausland ist die Schweiz als Industriestandort durchaus konkurrenzfähig.» [Oltner Tagblatt, 6.9.96/Basler Zeitung, 9.9.96]
- Der US-Konzern Rockwell hatte 1993 die Aargauer Firma Sprecher + Schuh übernommen. Unterdessen wurden 50 Mio. Franken investiert und weitere 50 Mio. Franken sind geplant. Die über 1000 Arbeitsplätze konnten gesichert werden. [Blick, 29.10.96]
- Von der Öffentlichkeit unbeachtet entstehen im Waadtland die industriellen Jobs der Zukunft: Ares-Serono baut in Corsier-sur-Vevey das grösste und modernste biotechnologische Produktionszentrum der Welt. 275 Mio. Franken kostet die Fabrik. 1998 nimmt sie den Betrieb auf. Werkplatz Schweiz in der Krise? In der Region Biel/Neuenburg, aber auch im Waadtland haben sich in den letzten Jahren über 500 High-Tech-Unternehmen mit mehr als 6000 hochqualifizierten Mitarbeitern angesiedelt. Bei Vevey werden 250 Mitarbeiter auf 36 000 m² im industriellen Massstab gentechnische Pharmazeutika herstellen. Das Gentech-Land der Zukunft ist für die dynamische Ares-Serono erfreulicherweise die Schweiz. 1996 und 1997 werden 300 Mio. Franken in den Werkplatz Westschweiz gesteckt. Ausser in Corsier bauen sie auch die Produktionskapazitäten in Aubonne VD aus. [Tages-Anzeiger, 22.3.96]
- Der US-Multi Medtronic, Weltmarktführer bei den Herzschrittmachern, hat seinen Europa-Hauptsitz von Brüssel nach Morges verlegt, wo er einen 60-Millionen-Bau hinstellte. Neben der sozialen Sicherheit, der hohen Produktivität, dem kleinen Streikrisiko und dem guten Ausbildungsniveau in der Schweiz zog ihn auch die Universität Genf als wissenschaftliches Zentrum sowie das CHUV-Spital in Lausanne mit seiner weltweit führenden Kardiologie-Abteilung an den Genfer See. In Morges soll nicht nur verwaltet, sondern auch produziert, geforscht und ausgebildet werden. Rund 200 Menschen werden beschäftigt. Im Forschungszentrum werden Dutzende von Wissenschaftlern an der Weiterentwicklung von Herzschrittmachern und medizinischen Produkten tätig sein. Mit einem Marktanteil von 50 Prozent ist die 11 000 Mitarbeiter zählende Medtronic unbestrittener Weltmarktführer bei den Herzschrittmachern. [Sonntagszeitung, 7.4.96]
- Die traditionsreiche Reederei Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinschiffahrts-Gesellschaft verlegt ihr Operationszentrum für Flusskreuzfahrten von Köln nach Basel. Als Gründe für die Ausflaggung von Deutschland in die Schweiz und die neue Betriebsform nennt Geschäftsführer Thomas Weber günstigere Steuern und Sozialabgaben. Eine wichtige Rolle spiele jedoch auch der erwartete Gewinn an Flexibilität. Die deutschen Gesetze engten den unternehmerischen Spielraum übermässig ein, und die dortigen Behörden reagierten oft schwerfällig und wenig kompromissbereit. [Basler Zeitung, 7.5.96]
- Die LEGO-Werke investierten in Willisau Dutzende von Millionen Franken in einen neuen Betrieb, wo inzwischen rund 250 neue Arbeitsplätze entstanden und weitere 200 Plätze vorgeplant sind. [Berner Zeitung, 8.9.94]
- Die amerikanische Kosmetikfirma Mary Kay wird ihre Produktion für Europa in La Chaux-de-Fonds aufnehmen und über 150 Arbeitsplätze schaffen. [Tages-Anzeiger, 28.10.95]

- Der Zigarettenproduzent Philipp Morris investiert in Neuchâtel über 100 Mio. Franken. [Tages-Anzeiger, 28.10.95]
- Die USA-Reynolds Tobacco hat ihre Europabüros in Genf eröffnet. [Tages-Anzeiger, 28.10.95]
- Die Baxter International hat in Neuchâtel für 110 Mio. Dollar ein Biotechnologiezentrum erstellt. [F+W 21.10.95]
- Der US-Konzern AT&T, das grösste Telekommunikationsunternehmen der Welt mit einem Jahresumsatz von über 98 Milliarden Franken, hat Genf als Entscheidungszentrale für Europa ausgewählt – Arbeit für über 200 Personen. [Luzerner Neue Nachrichten, 25.1.95]
- Die IBM Microelectronics zusammen mit SGS Thomson Microelectronics werden in Genf ihren Standort für Hochtechnologie aufschlagen: 300 neue Arbeitsplätze. [Basler Zeitung, 1.2.96]
- Der Grosskonzern Sun-Mikrosysteme wird in der Schweiz eine Zweigstelle eröffnen und damit Arbeitsplätze schaffen. [Basler Zeitung, 1.2.96]
- Eine Tochtergesellschaft des amerikanischen Konzerns Johnson & Johnson will im Kanton Neuenburg Herzkatheter herstellen. Dadurch sollen mittelfristig 150 neue Stellen geschaffen werden. Mit seinen 87 000 Beschäftigten ist der Konzern der grösste und vielfältigste Hersteller von Produkten im Bereich der Gesundheit. [Neue Luzerner Zeitung, 31.7.96]
- Die international tätige Sauter AG Basel zählt zu den führenden Anbietern von Regel-, Steuer- und Leittechnik für Heizung, Lüftung, Klima und Wasserversorgung. Sauter beschäftigt weltweit rund 1600 Personen, davon 500 im badischen Freiburg i. Br. und verlegt nun Arbeitsplätze im Bereich der Elektronikmontage von dort an den Stammsitz nach Basel. [Luzerner Neue Nachrichten, 11.2.95]
- Die ausländisch beherrschte Cilag AG bekennt sich zum Standort Schaffhausen. Die Firma wird in den kommenden Jahren weitere 40 Mio. Franken in die dortigen Anlagen investieren und 100 neue Arbeitsplätze schaffen. Mit dieser Tranche hat die Cilag AG in den letzten Jahren rund 200 Mio. Franken in Schaffhausen investiert. [Solithurner Nachrichten, 4.10.96]
- Die deutsche Leiterplatten-Fabrik Ruwel-Werke aus Deutschland übernimmt in Gams/SG die Multi-Board Electronic AG und will 80 neue Arbeitsplätze schaffen. [Ostschweizer Zeitung, 7.10.97]
- Die deutsche High-Tech-Firma Carsten Binder & Co. erstellt in Gams/SG ein neues Fabrikationsgelände für Dampfturbinen. Ausserdem plant Carsten Binder & Co., die Forschung und Entwicklung von Bayern nach Gams zu verlegen: geplant sind bis zu 80 hochqualifizierte Arbeitsplätze. [Ostschweizer Zeitung, 7.10.97]

Anhang 2

Ausländische Direktinvestitionen in der Schweiz, 1993 et 1996

Kapitalimport

In Millionen Franken

	1993	1994	1995
Total	57 277	63 828	65 662
Industrieländer	55 946	62 667	64 668
EU 1	34 925	39 333	44 809
EFTA 2	3 344	3 726	21
Mittel- und Osteuropa	94	74	116
Andere europäische Länder	68	78	79
Nordamerika	13 975	15 856	16 382
Andere Industriestaaten 3	3 540	3 600	3 282
Schwellenländer	73	47	65
Entwicklungsländer	1 258	1 114	929
Mittlerer Osten	663	598	554
Andere Entwicklungsländer	595	516	375

1 Ab1995 mit Finnland, Österreich und Schweden

2 Ab 1995 ohne Finnland, Österreich und Schweden

3 Japan, Südafrika, Australien und Neuseeland

Anhang 3

1997: Lohn- und Preisniveau im europäischen Vergleich

Quelle: Broschüre "Preise und Löhne rund um die Welt" der UBS, Ausgabe 1997, Umfrage im 2. Quartal 1997

Automechaniker		Primarschullehrer		Abteilungsleiter	
Mit Lehrabschluss und 5-jähriger Berufserfahrung, 25 Jahre alt, ledig		Rund 10-jährige Berufserfahrung im staatlichen Schuldienst, 35 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder		Technischer Betriebsleiter in einem grösseren Unternehmen, langjährige Erfahrung, verheiratet, zwei Kinder	
Stadt	Nettolohn	Stadt	Nettolohn	Stadt	Nettolohn
Zürich	44 200.-	Zürich	75 200.-	Zürich	106 800.-
Amsterdam	19 000.-	Amsterdam	32 400.-	Amsterdam	54 600.-
Frankfurt	24 400.-	Frankfurt	46 700.-	Frankfurt	53 200.-
London	25 100.-	London	34 600.-	London	44 700.-
Mailand	19 200.-	Mailand	21 600.-	Mailand	29 600.-
Paris	18 500.-	Paris	24 800.-	Paris	65 500.-
Wien	24 200.-	Wien	28 700.-	Wien	62 800.-
Stockholm	23 600.-	Stockholm	25 800.-	Stockholm	45 200.-
Brüssel	17 300.-	Brüssel	23 200.-	Brüssel	51 900.-
Madrid	19 500.-	Madrid	26 800.-	Madrid	31 500.-
Athen	14 200.-	Athen	17 000.-	Athen	29 300.-
Helsinki	17 800.-	Helsinki	23 900.-	Helsinki	42 900.-
Dublin	19 800.-	Dublin	35 900.-	Dublin	45 100.-
Lissabon	11 100.-	Lissabon	19 700.-	Lissabon	37 700.-
Bauarbeiter		Verkäuferin		Ingenieur	
Angelernter oder ungelerner Arbeiter, 25 Jahre alt, ledig		Lehre, Damenabteilung eines grossen Warenhauses, einige Jahre Verkaufspraxis, 20-25 Jahre alt, ledig		Hochschulstudium, angestellt in einem Industrieunternehmen, 5-jährige Tätigkeit, 35 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder	
Stadt	Nettolohn	Stadt	Nettolohn	Stadt	Nettolohn
Zürich	34 500.-	Zürich	39 100.-	Zürich	81 000.-
Amsterdam	22 200.-	Amsterdam	16 700.-	Amsterdam	41 600.-
Frankfurt	22 100.-	Frankfurt	20 200.-	Frankfurt	51 100.-
London	18 400.-	London	16 500.-	London	37 100.-
Mailand	14 700.-	Mailand	17 000.-	Mailand	33 400.-
Paris	13 500.-	Paris	18 900.-	Paris	51 700.-
Wien	20 400.-	Wien	18 000.-	Wien	51 400.-
Stockholm	25 800.-	Stockholm	21 800.-	Stockholm	33 400.-
Brüssel	20 100.-	Brüssel	17 700.-	Brüssel	40 400.-
Madrid	13 700.-	Madrid	13 600.-	Madrid	36 700.-
Athen	14 800.-	Athen	9 500.-	Athen	27 600.-
Helsinki	19 100.-	Helsinki	16 100.-	Helsinki	33 900.-
Dublin	18 800.-	Dublin	19 800.-	Dublin	40 600.-
Lissabon	7 700.-	Lissabon	9 700.-	Lissabon	27 600.-
Facharbeiter		Kreditsachbearbeiter		Sekretärin	
10-jährige Praxis in grösserem Unternehmen der Metallbranche, 35 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder		Banklehre, 10-jährige Berufspraxis, 35 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder		Sekretärin eines Abteilungsleiters, 5-jährige Praxis, eine Fremdsprache, 25 Jahre alt, ledig	
Stadt	Nettolohn	Stadt	Nettolohn	Stadt	Nettolohn
Zürich	57 700.-	Zürich	82 500.-	Zürich	47 300.-
Amsterdam	28 900.-	Amsterdam	27 500.-	Amsterdam	22 100.-
Frankfurt	29 200.-	Frankfurt	43 700.-	Frankfurt	27 100.-
London	31 400.-	London	30 000.-	London	26 800.-
Mailand	21 100.-	Mailand	28 400.-	Mailand	19 200.-
Paris	23 600.-	Paris	39 800.-	Paris	22 100.-
Wien	31 800.-	Wien	38 600.-	Wien	27 600.-
Stockholm	26 400.-	Stockholm	24 700.-	Stockholm	23 300.-
Brüssel	28 600.-	Brüssel	31 200.-	Brüssel	23 100.-
Madrid	20 000.-	Madrid	26 900.-	Madrid	20 400.-
Athen	18 700.-	Athen	18 700.-	Athen	15 000.-
Helsinki	25 600.-	Helsinki	21 900.-	Helsinki	20 000.-
Dublin	24 200.-	Dublin	34 500.-	Dublin	22 300.-
Lissabon	15 100.-	Lissabon	27 100.-	Lissabon	10 900.-

Miete

3-Zimmer-Wohnung, unmöbliert, inkl. Nebenkosten, mit ortsüblichem Komfort, in Stadtnähe, monatlich

Stadt	teuer	mittel	billig
Zürich	3500.-	2100.-	1350.-
Amsterdam	1580.-	1290.-	970.-
Frankfurt	2090.-	1670.-	1370.-
London	5060.-	3720.-	2720.-
Mailand	1640.-	1490.-	1320.-
Paris	2120.-	1600.-	1160.-
Wien	1460.-	1020.-	800.-
Stockholm	1180.-	920.-	770.-
Brüssel	1220.-	1020.-	810.-
Madrid	2280.-	1680.-	1190.-
Athen	1190.-	850.-	660.-
Helsinki	1150.-	990.-	870.-
Dublin	1560.-	1390.-	1170.-
Lissabon	1370.-	1150.-	1030.-

Preisniveau

Warenkorb mit 111 Gütern und Dienstleistungen sowie mit 3 Mietpreisen, Zürich = 100 Prozentpunkte

Stadt	
Zürich	100
Amsterdam	75
Frankfurt	86
London	101
Mailand	77
Paris	91
Wien	78
Stockholm	95
Brüssel	75
Madrid	73
Athen	66
Helsinki	90
Dublin	78
Lissabon	59

Anhang 4

Arbeitslosigkeit in den europäischen Staaten

Standardisierte Arbeitslosenquoten in % 1997 (August)

Quelle: OECD [Pressemitteilung Oktober 1997, Paris]

SAKE [Pressemitteilung November 1997]

(SAKE: Schweizerische Arbeitskräfte-Erhebung)

Schweiz	4,1
Norwegen	4,5 (Mai)
Belgien	9,6
Dänemark	6,3
Deutschland	9,8
Griechenland	10,0 (1995)
Spanien	19,8
Frankreich	12,5
Irland	10,7
Italien	12,5 (Juli)
Luxemburg	3,5
Niederlande	5,6 (Juli)
Portugal	8,2
Grossbritannien	6,8
Österreich	4,5
Schweden	9,9
Finnland	12,6
EU 15	10,6
Total OECD	7,2

Registrierte Arbeitslose nach Nationalität in der Schweiz:

Quelle: SAKE [Pressemitteilung November 1997]

Schweizer: 2,8 %

Ausländer: 8.8 %

Anhang 5

Beurteilung der schweizerischen Wettbewerbsfähigkeit

- Die Financial Times erstellt jährlich eine Liste der wichtigsten europäischen Unternehmen. 1995 befanden sich unter den ersten 25 fünf Schweizer Firmen. Die Financial Times begründet diese starke Stellung mit der guten Entwicklung der Schweizer Börse, der Höherbewertung des Schweizer Frankens, der radikalen Restrukturierung aufgrund des starken Schweizer Frankens, der Liberalisierung des inländischen Marktes, dem EWR-Nein. Ausserdem wurde festgestellt, die Schweiz sei für das EWR-Nein nicht bestraft worden, sondern stehe vielmehr als eine gute Werbung für das Leben ausserhalb der EU da. [Neue Zürcher Zeitung, Nr. 17/1995]
- Gemäss Europäischem Zentrum für Wirtschaftsforschung (Prognos) steht die Schweiz bei der Produktivität an der Weltspitze mit 130%, gefolgt von Japan mit erst 118%. Unser Land soll sich auch im Jahr 2005 an der Spitze halten. [Luzerner Neue Nachrichten, 23.2.95]
- «Die Schweiz ist der beste Wirtschaftsstandort in Europa, wir dürfen nicht in die EU. Ein Beitritt würde die Produktionsbedingungen für unsere Industrie nachhaltig verschlechtern», sagte Georg Mandl, Verwaltungsratspräsident der Papierfabrik Netstal AG. [Cash, 23.6.95]
- «Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist besser als sein Ruf: Ausländische Firmen finden bei uns die besten Bedingungen für Handel und Produktion in Europa. Zu diesem Ergebnis kam eine letzte Woche veröffentlichte Umfrage des Europäischen Rates der Amerikanischen Handelskammer. Befragt wurden über 700 Spitzenmanager. Sie setzten die Schweiz auf Platz eins von 23 untersuchten Ländern. Dahinter folgen Irland, die Niederlande, Schweden und Israel.» [Sonntags Blick, 20.10.96]
- Professor Jan Kubes vom International Institute for Management Development (IMD), Lausanne: «Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft ist intakt.» Er ortet hierzulande Konkurrenzfähigkeit mit steigender Tendenz. Ausländer sähen die Schweiz als deutlich attraktiver an als die Schweizer selbst. In der «Made in Switzerland»-Studie von IMD würden die Schweizer Produktionsbetriebe besser abschneiden als ihre europäischen Konkurrenten. Er rät, die Schweiz eher als eine Oase denn eine Insel mitten in Europa darzustellen. [Berner Zeitung, 31.5.96]
- Auf der Rangliste der Industriestandorte nach Arbeitsproduktivität, Arbeits- und Tarifrecht, Leistungsbereitschaft und Ausbildungsstand steht nach Singapur die Schweiz auf dem 2. Platz von 22 Industrieländern, allen EU-Ländern weit überlegen. [Quelle: Beri-Institut, Genf, Stern Nr. 26/95]
- Gemäss einer Studie des Ifo-Instituts in München ist aus der Sicht deutscher Unternehmen die Tschechische Republik der attraktivste Standort in Europa, vor der Schweiz. Für den Standort Schweiz zähle aber vor allem die relativ lange Arbeitszeit, die tiefe Absenzenquote und die nach Singapur zweithöchste Arbeitsproduktivität. Ausserdem halten die Deutschen die Eidgenossen für besonders innovativ. [Weltwoche, 24.2.94]
- Nur acht von 150 Ländern der Welt haben gemäss einer Studie eine freie Wirtschaft. Die Schweiz wird in der Studie als das wirtschaftlich freieste Land in Europa bezeichnet. Die Studie wurde von der Heritage Foundation in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftszeitung Wall Street Journal durchgeführt. Für den Index wurden insgesamt zehn Faktoren berücksichtigt, darunter Steuern, Geldpolitik, öffentliche Ausgaben und der Schwarzmarkt. Die weiteren Plätze belegen Grossbritannien (7), Niederlande (9), Dänemark und Luxemburg (11) und Deutschland (20). [Basler Zeitung, 16.12.96]
- Die Berater von McKinsey sehen es ähnlich: «Die Schweiz ist eine Willensnation. Was uns eint, ist der Wille zur überdurchschnittlichen Leistung.» Was die Arbeitsmotivation der Angestellten und ihre Identifikation mit der Firma angeht, liegt die Schweiz im Competitiveness Report 1996 des IMD tatsächlich auf einer Spitzenposition gleich hinter Japan und Österreich. Und auch punkto Arbeitsproduktivität belegt unser Land Rang drei, hinter Luxemburg und Japan.
- Rund 6000 Geschäftsführer und leitende Angestellte aus elf asiatischen Ländern kamen in der diesjährigen Umfrage der Wirtschaftszeitung Far Eastern Economic Review zu Wort. Als bestes Schweizer Unternehmen landete Nestlé auf Rang 11, knapp vor dem Uhrenhersteller Rolex, der sich auf Rang 14 verbesserte. Deutlich ist der Erfolg der Schweizerischen Bankgesellschaft. Dank guter Bewertung in Sachen finanzieller Sicherheit schaffte sie mit 17 Plätzen einen der gewaltigsten Sprünge der Befragung. Die Befragten würdigten die Produktionsqualität bei Rolex als beste unter allen internationalen Unternehmen und entschieden sich damit gegen den Automobilhersteller BMW, der seinen Spitzenplatz verlor. Die Finanzinstitutionen

verdanken ihre Platzierungen den Bewertungen in der Kategorie finanzielle Sicherheit. Neben der Bankgesellschaft, die Rang 3 belegt, verbesserte sich der Bankverein auf Rang 4, und auch die Schweizerische Kreditanstalt ist unter den ersten zehn. [Basler Zeitung, 29.1.97]

- Die Schweiz rangiert nach einer Studie des World Economic Forum in Genf unter den sechs wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. Die ersten drei Plätze belegen Singapur, Hongkong und Neuseeland, danach folgen die USA, Luxemburg, die Schweiz, Norwegen und Kanada. Fünf der sechs wettbewerbsfähigsten Länder sind kleine Wirtschaftsräume mit kleinen Regierungen und niedrigen Steuersätzen, heisst es in der Studie weiter. Die EU hingegen fällt in bezug auf die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit hinter viele andere Teile der Welt zurück – Deutschland figuriert auf Platz 22! Das derzeitige Wohlfahrtssystem erweist sich als zu schwere finanzielle Last für die Wirtschaft. [SF DRS, 29.5.96]
- Gemäss dem Urteil amerikanischer und europäischer Geschäftsleute verfügen die Schweiz und Irland über die grössten Standortvorteile. Für die Schweiz spreche der Bankenplatz, das Steuersystem, die Sozialkosten, die Währungsstabilität, die Infrastruktur und die Qualifikation der Arbeitnehmer. [Neue Zürcher Zeitung, 5.11.96]
- Das Fraser Institute in Vancouver (Canada) gibt jährlich den Bericht «Economic Freedom of the World» heraus, welcher die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von 115 Ländern analysiert. In der Fachwelt gelten die Untersuchungen als von hoher Qualität. Unter die Lupe genommen werden die Privatisierungs-, Steuer- und Handelspolitik, Subventionen, internationale Offenheit (!), Schutz des Eigentums usw. Die ersten fünf Ränge belegen Hongkong, Singapur, Neuseeland, die USA und Mauritius. Als erstes europäisches Land an 6. Stelle rangiert die Schweiz. Zu den Stärken unseres Landes zählt das Institut die Kategorien «Geld und Inflation» und «Internationale Offenheit» (!). [Neue Zürcher Zeitung, 26.5.97]
- Gleich zwei andere Studien bescheinigen der Schweiz eine gute Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich. Das Lausanner Management-Institut IMD platziert weltweit die Schweiz auf Platz 7. Sie habe die Fähigkeit, «nachhaltig hohe Steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf zu erzielen», lautet das Urteil. Gemäss World Economic Forum (WEF) nimmt die Schweiz unter 53 untersuchten Ländern rund um den Globus Platz 6 ein. In Europa ist sie gar Nummer 1 (allen EU-Staaten voran). Das Ergebnis widerspiegelt die klassischen Stärken unseres Landes: die hohe Qualifikation und Produktivität der Arbeitskräfte zum Beispiel, die Kraft als Finanzplatz, die gute Infrastruktur, die stabilen politischen Verhältnisse. [Tages-Anzeiger, 24.5.97]
- Die Schweiz ist das streikärmste Land der Welt, ein gewichtiger Pluspunkt für den Standort Schweiz. Streik-Weltmeister sind die EU-Staaten Griechenland, gefolgt von Spanien und Italien. [Neue Luzerner Zeitung, 21.2.95]
- Das Bonitätsrating für Versicherungen von Moody's weist unter den fünf ersten Gesellschaften der Welt deren drei aus der Schweiz aus (Winterthur, Schweizer Rück, Zürich). [Invest, 35/96]
- Der Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB), Hans Meyer, hat die aktuelle Wirtschaftslage als unbefriedigend, aber nicht als dramatisch bezeichnet. Der Wohlstand sei heute in der Schweiz allen Unkenrufen zum Trotz so hoch und so breit gestreut wie niemals zuvor. [Neue Luzerner Zeitung, 18.9.96]
- Gemäss einer Studie der UBS aus dem Jahre 1996 wird die Schweiz auch im kommenden Jahrzehnt – nebst Irland – als einziges europäisches Land zu den zehn wettbewerbsstärksten Ländern der Welt gehören. [Die Volkswirtschaft, Das Magazin für Wirtschaftspolitik, 10/97]
- Der «Global Competitiveness Report 1997» analysiert, dass die Schweiz in den nächsten 5 bis 10 Jahren von den europäischen Staaten das stärkste Wachstumspotential haben wird.
- Die «Benchmarking-Studie» (IBM/IMD, 1996) stellte fest, dass 75% der Schweizer Unternehmen international als direkte Konkurrenten betrachtet werden, während der europäische Durchschnitt lediglich bei 52% liegt.
- «Die Schweiz als freieste Volkswirtschaft Europas, Lob durch den «Index of Economic Freedom». Noch überwiegen in der Welt die Länder mit einer unfreien Wirtschaft; gleichwohl setzt sich rund um den Erdball der Trend zu einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung langsam, aber sicher durch. Die Schweiz bleibt im gerade veröffentlichten «Index of Economic Freedom» auch in diesem Jahr die freieste Volkswirtschaft in Europa.» [Neue Zürcher Zeitung, 1.12.97]

Anhang 6

Auch schweizerische Unternehmen entdeckten die Vorteile einer ausserhalb des EWR und der EU liegenden Schweiz

- Der Pharma-Konzern Roche will bis zum Jahr 2000 am Standort Basel rund 500 Mio. Franken investieren. [Neue Luzerner Zeitung, 27.4.95]
- Entgegen dem bis zum Klaustag 1992 von «Eingeweihten» prognostizierten industriellen Investitionsstillstand im Falle eines EWR-Neins baut Ciba-Geigy jetzt in Stein-Schweiz eine neue Produktionsstätte im Wert von über 200 Mio. Franken. [Sonntags Zeitung, 1.10.93]
- In Baden erstellte ABB im Zeitraum 1995 bis 1997 für 25 Mio. Franken sogenannte Turboladerprüfstände für Dieselmotoren von Hochseeschiffen, Dieselmotoren und Lokomotiven. [Schweizer Journal, 1/97]
- In Birr erstellte die ABB Schweiz mit einem Investitionsaufwand von 100 Mio. Franken die weltweit modernste Anlage (Kraftwerk) zur Weiterentwicklung der Gasturbinen-Technologie. Die Anlage steht in unmittelbarer Nähe des ABB-Forschungszentrums Dättwil, den Entwicklungsabteilungen Baden und der Produktion in Birr. Der Bau unterstreiche die Bedeutung des Werkplatzes Schweiz für die ABB: Gut ausgebildetes Personal, die Verfügbarkeit von billigem Kapital sowie die Kompetenz, Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in marktfähige Produkte umzusetzen. [Schweizer Journal, 1/97]
- Der Konzern erzielte im Jahr 1993 einen wesentlich höheren Gewinn als 1992 und meldete, er meistere die Rezession gut. Sulzer baue jetzt für rund 50 Mio. Franken ein Zentrum für Medizinaltechnik in Winterthur und schaffe damit 440 Arbeitsplätze. Das Grossprojekt war nach dem EWR-Nein zurückgestellt worden. Inzwischen hat das Unternehmen ausländische Standorte überprüft, nach Klärung der Zertifizierungsfrage aber der Schweiz den Vorzug gegeben. [DAZ 22.5.96]
- In Oerlikon eröffnete die ABB Schweiz die Neubauten Toro I und Toro II. Die mit einem Aufwand von 150 Mio. Franken erstellten Gebäude nehmen die Bereiche Engineering und Verkauf auf. [Neue Zürcher Zeitung, 29.8.97]
- Auf die Frage, warum die ABB in der Schweiz investiere, antwortete Josef Dürr, ABB-Geschäftsleitungsmitglied: «Es ist einfach so, dass die Schweiz traditionell auf vielen Gebieten sehr gut ist. Das gilt für das Gebiet der Stromerzeugung als auch für die Stromübertragung und -verteilung. [...] Technologie und Wettbewerbsfähigkeit sprechen für die Schweiz.» [Neue Zürcher Zeitung, 29.8.97]
- «Interessanterweise beurteilen die Schweizer Firmen die Auswirkungen des Binnenmarktes weit weniger negativ als ihre Kollegen in der EU. Insbesondere in den neuen EU-Mitgliedsländern Österreich, Finnland und Schweden beklagen Unternehmer höhere bürokratische Hürden, statt sich über Handelserleichterungen zu freuen. So antworten in Österreich 48%, in Finnland 32% und in Schweden 30% der befragten Firmen, die bürokratischen Hindernisse im Umgang mit den EU-Behörden seien in den letzten fünf Jahren grösser geworden. In der Schweiz kamen nur 19% zu diesem Schluss. Gar nur 15% der Schweizer klagen über höhere Kosten im Verkehr mit der EU, dies im Gegensatz etwa zu Österreich, wo 26% Kostensteigerungen zu erdulden hatten.» [Handelszeitung, 29.5.97]
- «Kein Land exportiert so viel wie die Schweiz – und die Aufträge nehmen weiterhin zu. Schluss mit der Miesmacherei! Unsere Produktionsbedingungen sind top: Die Schweiz ist Weltmeister im Exportieren. Um sage und schreibe 19,4% haben die Bestellungen aus dem Ausland im zweiten Semester zugenommen. Eine CASH-Umfrage zeigt, dass auch Branchen boomen, die noch vor kurzem darniederlagen. [...] Trotz des harten Frankens und obwohl immer mehr Länder am Welthandel teilnehmen, konnte die Schweiz ihren hohen Anteil zwischen 1985 und 1996 noch steigern. Doch dieses Jahr geht die Post nun offenbar erst richtig ab – und dies, obwohl die Schweiz seit Jahren schon die weitaus höchsten Leistungsbilanzüberschüsse aller Industriestaaten aufweist. Sogar in Branchen, die viele als abwanderungsgefährdet betrachten und schon abgeschrieben haben, blüht der Export wieder auf.» [CASH, 3.10.97]

Anhang 7

Zinssätze und Inflation der Schweiz im Vergleich zu den EU-Staaten

Etats	Inflation (Sept. 96 – Aug. 97)	Langfristige Zinsen (Sept. 96 – Aug. 97)	Defizit (in % des BIP, 1996)	Schulden (in % des BIP, 1996)	Teilnahme an der Währungsunion
Referenz-Werte	2.6	7.7	3	60	
Belgien	1.8	5.9	3.2	126.9	ja
Dänemark	2.1	6.5	0.8	71.6	ja
Deutschland	1.4	5.8	3.4	60.4	ja
Griechenland	6.3	11.2	7.6	112.6	nein
Spanien	2.4	7.0	4.7	70.1	ja
Frankreich	1.4	5.7	4.1	55.7	ja
Irland	1.7	6.6	0.4	72.7	ja
Italien	2.3	7.5	6.8	123.8	ja
Luxemburg	1.3	5.7	- 2.6	6.6	ja
Niederlande	1.7	5.7	2.3	77.2	ja
Österreich	1.4	5.8	3.8	69.5	ja
Portugal	2.3	6.9	3.2	65.6	ja
Finnland	1.0	6.2	3.1	58.0	ja
Schweden	1.1	7.0	3.7	77.8	nein
Grossbritannien	2.1	7.5	4.9	54.4	nein
Schweiz	0.5	3.7	1.8	49.2	-

Quelle: «Auswirkungen der Einführung des Euro auf die Bundesverwaltung und die SNB», Hrsg. Interdepartementale Arbeitsgruppe «EURO», Oktober 1997